

Anzeigen, bei der weitesten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr aufzugeben. Ortspreis für die 5 gepfalt. Kleinschriftzettel oder deren Raum 15 Pfg. bei auswärtigen Anzeigen 20 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft).

„Eingefandt“ und „Reklama“ 50 Pfg. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Nachsch.

Tägliche Roman-Beilage „Unterhaltungsblatt“.

# Sächsische Elbzeitung.

## Amtsblatt

für das königliche Amtsgericht, das königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderat zu Sobuslein.

Herrnsprecher Nr. 22.

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt tags vorher nachm. 5 Uhr.

Bezugspreis vierteljährlich 2.— M., monatlich 1.40 M., 1 monatlich 70 Pfg. durch die Post vierteljährlich 2.10 M. (ohne Postgebühren). Einzelne Nummern 12 Pfg. Alle fasslich. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an.

Tägliche Roman-Beilage: „Unterhaltungsblatt“.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porschtorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächs.-Böhm. Schweiz

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder irgendwelcher sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Druckerei oder der Verlagsanstalten) hat der Verleger keinen Anspruch auf Wiedereinsetzung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Anzeigen-Aannahmestellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Rautenstraße 134; in Dresden und Leipzig: Paakenstein & Bogler, Invalidentank und Rudolf Hoff; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 85

Bad Schandau, Dienstag, den 16. Juli 1918

62. Jahrgang.

### Ämtlicher Teil.

#### Lebensmittel betr.

**Butter** — bei Klemm — auf Lebensmittelmarke Nr. 26 und Fettmarke B vom Juli 1/8 Pfund, Preis M. 3.40 das Pfund.

Abgabe: Dienstag Karten Nr. 1—1400, Mittwoch „ „ „ 1401—Ende.

**Mairüben.** Mittwoch 9—12 Uhr bei Werner — Fortsetzung des Verkaufes. Schandau, den 15. Juli 1918. Der Stadtrat.

Wir ersuchen hierdurch, alle Eingaben usw. in städtischen Angelegenheiten zum Zweck ihrer schnelleren Erledigung nicht an den Ratsvorstand, Herrn Bürgermeister Dr. Vogel oder eines der anderen Herren Ratsmitglieder persönlich zu richten, sondern stets nur an den „Stadtrat zu Schandau“.

Schandau, am 12. Juli 1918.

Der Stadtrat.

#### Kindervergnügen betr.

Das erste diesjährige Kindervergnügen findet nächsten Donnerstag, den 18. Juli ds. Js., nachmittags von 4—6 Uhr,

im städtischen Kurgarten statt. Wegen des Näheren wird auf die öffentlichen Anschläge verwiesen.

Weitere Kindervergnügen werden an den darauffolgenden 3 Donnerstagen abgehalten. Bei dem Eintritt ist die Kurkarte vorzuzeigen. Nichtbesitzer einer solchen haben für jedes Kind 75 Pfg. zu zahlen.

Schandau, den 15. Juli 1918.

Die städtische Badeverwaltung.

Fortsetzung des ämtlichen Teiles in der Beilage.

### Nichtamtlicher Teil.

## Die Sicherung der Ernährung der Mittelmächte durch gemeinsame Aufbringung.

### Österreichs Not und ihre Lehren.

Vom Volkswirt Karl Mize, erstem Vorsitzenden des deutschen Vereins für Volksernährung.

Die allgemeine Nährpflicht, — getragen vom genossenschaftlichen Aufbau der Selbstverwaltung, also Zwang mit Freiheit gepaart, — als Errettung aus unseren Ernährungsnot und Befreiung von der Geißel des Schleich- und Kettenwuchers. — Die Notwendigkeit der Abkehr von der Lähmung unseres Wirtschaftskörpers durch ein Übermaß bürokratischer und kriegssozialistischer Einschnürung. — Die Gefährdung unserer Volkskraft und der sittlichen Grundlagen unseres Erwerbslebens. —

Selbstwort: „Des Volkes Wohl ist oberstes Gesetz. Des Volkswohls Diener sein die höchste Ehre.“

Dank der Liebendwürdigkeit des Verfassers, der anerkannter Fachmann auf dem Gebiete der Volksernährung ist, können wir heute mit der Veröffentlichung einer Arbeit beginnen, die wir ihrer hohen Bedeutung wegen der Beachtung unserer Leser und Leserinnen ganz besonders empfehlen.

Die Schriftleitung.

Wer die Entwicklung in Österreich kannte und verfolgte, wußte, daß diese Not, die nun so jäh durch Verfüzung der Weltkopfmengen zutage getreten ist, kommen mußte. Als ich vor drei Wochen von einer Rundreise durch das Nachbarreich zurückkehrte, sagte ich zu Freunden beim Abschiede in Wien, daß mir ein Zusammenbruch bevorzusehen schien.

Man läßt drüber, politisch wie wirtschaftlich, den Dingen fast fahrlos ihren Lauf und lebt gewissermaßen von der Hand in den Mund. Dies kann aber am wenigsten das Ernährungswesen im Kriege ertragen, zumal bei der Absperrung, der die Mittelmächte ausgesetzt sind; nur starke und ausgleichende staatliche Voraussicht und wachsame Fürsorge vermögen gesunde Wechselbeziehungen aufrecht zu erhalten und ernstlichen Gefahren vorzubeugen. Das gilt für Österreich-Ungarn bei der abweichenden Zusammensetzung des Staatswesens und den am Werke befindlichen auseinanderdriftenden Kräften in erhöhtem Maße. Trotzdem ist aus politischer Schwäche verkannt worden, die unerläßliche öffentliche Bewirtschaftung durchzuführen. Wir sehen, daß in einigen Teilen des Staatsgebietes, wo die landwirtschaftliche Erzeugung überwiegt, die Lebensmittel über Gebühr verbraucht werden, während andere mit vorzugsweise gewerblicher Tätigkeit und von gebirgiger Beschaffenheit nicht das Nötigste zum Dasein haben. So ist es z. B. in Böhmen; die weiten Ebenen um Elbe und Moldau leben tatsächlich noch in verhältnismäßigem Ueberfluß, die Randgebiete mit ihren Waldgebirgen und starkem Gewerbleiß leiden bitterste Not. Dazu treten die schlimmen nationalen Gegensätze. Die

Tschechen, die in den fetten Niederungen sitzen, sperren sich von den deutschen Mitbewohnern des Landes, die meist die Gebirge und gewerblichen Gebiete innehaben, mit erbarmungsloser Beharrlichkeit ab, ja, geben zum Teil einer hämischen Freude ob der Bedrängnis der Deutschen offen Ausdruck. Die Staatsgewalt schwankt zwischen den verschiedenen Strömungen, Parteilagen und Völkerschaften hin und her und bringt nicht die Kraft auf, von ihren Machtmitteln Gebrauch zu machen. In den tschechischen und slowakischen Landesteilen sind Fälle aufrührerischen Widerstandes gegen eine Beschränkung des Verbrauchs und die Erfassung von Überschüssen vorgekommen, ohne daß mit Entschlossenheit das Ansehen der staatlichen Gewalt gewahrt worden wäre. Es kennzeichnet die Zustände und ist tief beschämend für den österreichischen Staat, daß die deutschen Bewohner Böhmens keine andere Errettung aus ihrer Not mehr sahen, als sich an die benachbarten deutschen Bundesstaaten Bayern, Sachsen und Preußen um Hilfe zu wenden. Man muß geradezu von einer künstlich heraufbeschworenen Hungersnot sprechen und mit Grauen feststellen, daß unmittelbar an unseren Grenzen der Hungertod umgeht und seine Opfer fordert. Wie empörend das Verhalten der Tschechen gegen die Deutschen ist, zeigte sich in diesen Tagen, als in Prag ein Zug hungernder deutschböhmischer Kinder, die zu mitleidigen Volksgenossen in Oberösterreich reisten, in der gemeinsten, jeder menschlichen Gefittung höhnsprechenden Weise beschimpft und sogar tödlich angegriffen wurden. Die Dinge sind weit gediehen im Tschechenlande seit der unflugen, nur die Verwegenheit steigenden Begnadigung der überführten Landesverräter, die das Deutsche Reich hätte verhindern müssen, denn die Verräterei richtete und richtet sich nicht nur gegen Österreich, sondern auch und vielleicht gerade gegen uns und hat zum Teil unser kostbares Blut gekostet. Angesichts der neuen Verräterei tschechischer Überläufer an der italienischen Front ist in Ungarn erklärt worden, man hätte keine Lust mehr, weiter für unzuverlässige, straffreie Tschechen zu bluten; eine ganz richtige Auffassung, die wir uns ruhig zu eigen machen können. — Auch in den deutschen Alpenländern Österreichs sieht es traurig genug aus. Die Vertreter „des treuen Landes Tirol“ haben sich auf dem Ende Mai in Sterzing stattgefundenen Deutschen Volkstage mit großer Schärfe über die Unhaltbarkeit der Verhältnisse ausgesprochen. Ich gebe folgende Worte wieder: „Die Empörung ist in Deutsch-Österreich, ganz besonders hier in Tirol, zu einer Höhe angewachsen, die zum Zusammenbruch führen muß. Man frage im Bürger- und Bauernhause, in Schloß und Hütte, prüfe die Herzen der Geistlichen und Beamten, von überall wird die gleiche Antwort kommen: „So geht es nicht weiter!“ Bis ins innerste Mark, an Leib und Seele, empfand das treue Alpenvolk den Un dank, die grenzenlose verbredherische Vernachlässigung und Zurücksetzung. Während die verräterischen Tschechen prassen, hungern die Deutschen in Böhmen und Tirol. Das Maß ist voll. Ober sollten wir weiter zusehen, wie unsere Söhne auf den Schlachtfeldern verbluten, unsere Bauernhöfe veröden, unsere Wohnstätten entvölkert werden, während Hunderttausende von Slawen und Juden im Hinterlande sich mästen! Uns drängt schon der Nachwuchs für Beamte und Ärzte, überall fehlen die fremde Volksangehörige in die freien Stellen; wir legen unser Vermögen in Kriegsanleihe an, die Slawen hielten es zurück und haben massenhaft Geld, um deutschen Besitz zu erwerben. Kein Opfer war uns zu groß, aber zusehen und am eigenen Leibe zu fühlen,

daß der Verrat belohnt und die Treue bis zum Tode auf dem Schlachtfelde zu Hungersnot und wirtschaftlichem Untergange verdammt wird, das sind wir nicht gewillt, kampflos hinzunehmen.“

Eigentlich kann man bei solchem Stande der Dinge kaum noch von inneren österreichischen Angelegenheiten sprechen, denn es geht uns im Reiche ganz unmittelbar an, wenn unsere Stammesgenossen in den deutschen Teilen Österreichs, die die Träger des Bündnisgedankens sind, planmäßig zugrunde gerichtet werden. Dulden wir es fernerhin widerspruchslos, so müssen die Folgen auch uns treffen, weil sie den Wert, die Tragfähigkeit und Dauerhaftigkeit des geplanten engen Wirtschafts- und Waffenbundes in Frage stellen. Außerdem gebietet unser völkisches und staatliches Ansehen, daß wir der Mißhandlung und Ausfaltung unserer eigenen Stammesgenossen im verbündeten Reiche nicht gleichgültig und einspruchslos zusehen. Es kann nicht eher zu einer durchgreifenden Gesandung und Festigung in Österreich kommen, als bis die maßgebenden Kreise erkennen, welchen Schatz sie in der opferwilligen, staatsertaltenden Treue der Deutschen besitzen. Andernfalls muß der Bündniswert Österreich-Ungarns, wenigstens im Verhältnis zu uns, sich in absteigender Richtung bewegen. Es handelt sich also auch für das Deutsche Reich um eine sehr wichtige politische Angelegenheit, der hoffentlich bei den jetzt eben zu Salzburg begonnenen Verhandlungen gebührende Beachtung geschenkt wird. Vor allen Dingen sollten unsere Vertreter die Forderung nach Festlegung des Deutschen als Staatsprache nachdrücklich unterstützen, weil sonst dem Waffen- und Wirtschaftsbunde das wichtigste Bindemittel fehlen und sein Gedeihen in Frage stellen würde.

Wenn der geplante enge Zoll- und Wirtschaftsbund in sich gefestigt sein und Bestand haben soll, so darf er nicht des unerläßlichen Bestandteiles der „Treue“ entbehren, und deshalb müssen wir für unsere Stammesgenossen in Österreich-Ungarn, die selbst staatslos sind, die unbedingte Gleichberechtigung, das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht und den vollen Schutz des Staates für ihre völkischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen verlangen und dürfen nicht dulden, daß sie unterdrückt und vergewaltigt werden. Wie verhängnisvoll das Fehlen der Treue werden kann, sehen wir an den tschechischen Verrätereien, die, weil sie sich als offen allslawische Machenschaften gegen das gesamte Deutschland, also auch gegen uns richten, sogar den Wert des Waffenbundes erschüttern können, was zu verhindern für Österreich-Ungarn wie für uns eine Notwendigkeit ist.

Auch in Ungarn ist das Zusammengehörigkeitsgefühl gegenüber dem Gesamtstaate zu schwach und die Hilfsbereitschaft zu gering. Ungarn wäre als dünnbevölkertes und rein ackerbauliches Land sehr wohl in der Lage, ganz erheblich größere Zuschüsse an die Bevölkerung der notleidenden österreichischen Gebiete zu leisten, als es seither geschieht. Man lebt noch recht reichlich in Ungarn und könnte ohne große Opfer von seinem Ueberflusse abgeben. Die Absperrung gegen die österreichische Reichshälfte wird unbedingt zu weit getrieben und kann auch uns vom Standpunkte des Bündnisgedankens nicht unberührt lassen, denn wir haben unter den Schwierigkeiten Österreichs mitzuleiden, wie unsere neuerliche Anshilfe mit Brotgetreide beweist, die von Rechtswegen Ungarn obgelegen hätte und ihm viel leichter geworden wäre als uns. Ungarn leidet nicht unter Mangel und hat sich bis jetzt noch keinerlei Einschränkung auferlegt, wohl aber macht sich

dort ein Wunder breit, der alle Grenzen überschreitet und die Segnungen des hemmungslos sich ausbreitenden sogenannten „freien“ Handels grell beleuchtet. Die maßlosen Preistreiberien, die alle Lebensbedürfnisse unerschwinglich verteuern, haben unlängst sogar zu Unruhen in der Hauptstadt geführt. Kein Wunder, daß das Handelsvolk der Juden sich besonders zu diesem Paradies des freien Handels hingezogen fühlt und in Offenheit während des Krieges auf über 50 v. H. der Einwohnerzahl angewachsen ist. Eine ähnliche Erscheinung macht sich bei uns in dem zunehmenden Zugzuge russischer und polnischer Juden bemerkbar, sodaß Abwehr-Maßregeln nicht zu umgehen sein werden, die übrigens unsere eigenen Juden vielfach befürworten. Wie unerwünscht der Zuwachs ist, beweist die Tatsache, daß diese meist recht tiefstehenden Menschen nicht nur im Schleichhandel stark vertreten sind, sondern auch die Unsicherheit, namentlich in der Reichshauptstadt, durch ihre Teilnahme an Einbrüchen, Überfällen und Raubzügen und Anstiftung dazu erhöhen. Eben ist der Stadt Neukölln die Anklage schrift wegen unerlaubten Bezuges von Lebensmitteln zugegangen. Unter den mehreren Hundert Leuten, die Neukölln mit Schieberwaren im großen versorgt haben, sind die Juden in starker Überzahl. Ihr ganz unverhältnismäßiges Überwiegen in den Kriegsgesellschaften ist bekannt.

Sehr bedenkliche Verhältnisse herrschen in der Großstadt Wien. Dort ist der unlautere wucherische Handel tatsächlich zum „freien“ Handel geworden, denn um Preisfestsetzungen oder „angemessene Forderungen“ kümmert sich niemand. Die Behörden haben den Dingen ihren Lauf gelassen, schäutern erst einzugreifen versucht, als die Zustände unhaltbar geworden waren und vermögten sie jetzt nicht mehr zu meistern. Die Preisfestsetzung ist schon zu weit vorgeschritten, und eine wilde Jagd nach Lebensmitteln wirkt alles über den Haufen. Das ist natürlich ein herrliches Feld für Ausbeutung aller Art. Rindfleisch kostete im März 12 Kronen das Pfund, im Mai betrug indessen der Marktpreis schon 20—21 Kronen das Pfund. Was für Preise in den Speisehäusern verlangt werden, spottet jeder Beschreibung. Auf allen sonstigen Gebieten herrscht ein wilder Wucher. Ein Paar Schuhe wird mit 180 Kronen, ein Hemd mit 78 Kronen, ein Anzug mit 1000 Kronen bezahlt. Auf dem Stefansplatz verkaufte man öffentlich Erdbeeren zu 12 Kronen das Pfund. Sonst, den es in Österreich immer reichlich gegeben hat, sah man in allen Läden zu 18 Kronen das Pfund.

Die Brotversorgung hat in Österreich gänzlich versagt. Zunächst lebte man ohne jede Einschränkung, und als endlich zugegriffen werden sollte, war es zu spät und die Not schon da. Ich bin der Ansicht, daß wir als Engländer auf dem Wege der Verhandlung hätten erreichen müssen, daß gleichzeitig mit unserer Lebensmittelregelung eine ähnliche in Österreich-Ungarn eingerichtet worden wäre, wie es die Waffenbrüderschaft verlangt hätte. Erst in der letzten Zeit wird von einer Aufbringungsgemeinschaft gesprochen, was natürlich jetzt, nachdem die Not so hoch gestiegen ist, große Schwierigkeiten bereitet. Sie muß aber unter allen Umständen durchgeführt werden, und zwar nach dem gesunden Grundsatze: gemeinsame Aufbringung — gemeinsame Lasten. Nicht etwa gewohnheitsmäßig so, daß der Nutzen auf der einen, die Opfer auf unserer Seite überwiegen. Und gar Vorwürfe, die wir statt des Dankes bei unserer letzten großmütigen Aushilfe ernteten, wollen wir uns für die Folge nicht mehr gefallen lassen. Täten wir es, so setzten wir uns nur einer schlimmeren Wiederholung aus und das wäre der „Vertiefung“ des Bündnisses, von der so viel die Rede ist, sehr schädlich. Wie sehr jede planmäßige und vorbeugende Fürsorge drüben fehlte, sehen wir daran, daß die wöchentliche Brotmenge ganz plötzlich auf die Hälfte herabgesetzt werden mußte. Bei rechtzeitigem Eingriff wäre es nie so weit gekommen, denn eine allmähliche Einschränkung hätte die Schärfe der jetzt notwendigen Maßregel gemildert. Ein besonderes Schlaglicht fällt auf diese Verhältnisse, wenn man sich vorstellt, daß zwar im Mai an Brot der größte Mangel herrschte, Mehlspeisen jedoch überall reichlich zu haben waren; zu unerhörten Preisen natürlich. Für Brot fehlte es an Mehl, aber für Kaiserfleisch, Krupfern, Palatschinken und ähnliche gute Sachen, auf die der Österreicher nicht verzichtet mag, war es vorhanden. Dafür verläßt er sich auf den deutschen Bundesbruder, der ja in seiner Gutmütigkeit aushelfen wird und auch in der Tat ausgeholfen hat, obschon darin ein Unrecht an unserem eigenen Volke liegt, dem die Vorliebe des Österreichers für seine Mehlspeisen neue Einschränkungen auferlegt. Ich bin nach meinen seitherigen Beobachtungen fest überzeugt und Nachrichten bestätigen es mir, daß selbst bei der jetzigen verschärften Brotnot in Österreich an Mehlspeisen und Kuchen noch kein Mangel ist, selbstverständlich aus Mehl, das zu den ausschweifendsten Wucherpreisen vertrieben wird. Die Forderungen für Gebäck, Kuchen und Mehlgerichte geben davon einen Begriff: Für ein winziges Stück Kuchen nahm man mir 6 Kronen ab, für ein Stückchen Marillenrolle (eine Mehlspeise) 5 Kronen, für ein Gebäck aus schneeweißem Mehl, im Gewicht von vielleicht 20 Gramm, 1 Krone usw. Alle diese Herrlichkeiten waren öffentlich massenhaft für den zu haben, der das Geld dazu besaß. Was außerdem in den Familien für solche Zwecke an Mehl verarbeitet werden muß, spottet sicher der höchsten Schätzung; die Höhe der Nachfrage läßt sich an dem Preise von 30 Kronen ermessen, der für das Pfund Mehl bezahlt wird. (Fortsetzung folgt.)

Brüssel, 13. Juli. Die seit Jahrzehnten im Bau begriffenen Erweiterungsanlagen des Brüsseler Hafens wurden jetzt ihrer Bestimmung übergeben. Durch diese Erweiterung wird ein neuer Wasserweg zwischen der Schelde und Brüssel geschaffen, der für den zukünftigen Güterverkehr von allergrößter Bedeutung ist.

Aussterdam, 13. Juli. Da der Kontrollleur für die Vergewerte sich geweigert hat, alle Forderungen der Vergewerte nach Erhöhung der Löhne und Verabfehlung der Arbeitsstunden zu bewilligen, hat der Nationale Rat der Vergewerte mit dem allgemeinen Streik der englischen Vergewerte gedroht.

Stockholm, 13. Juli. In den nächsten Tagen wird die

Moskauer Regierung mit der Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren begannen.

Stockholm, 13. Juli. Der große Ausschuss des finnischen Landtages hat mit 16 gegen 15 Stimmen der monarchistischen Staatsform für Finnland zugestimmt.

## Bewilligung des Kriegskredits.

Auch die Scheidemannaruppe stimmt dafür.

Der Hauptausschuss des Reichstags hat den Nachttrag, ein betreffend den Kriegskredit von 15 Milliarden angenommen gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten. Die Polen enthielten sich der Stimme.

Wie nach den gestrigen Erklärungen des Reichskanzlers im Hauptausschuss zu erwarten war, ist der Kriegskredit von 15 Milliarden nach kurzer weiterer Ausdeutung über die Kanzlerrede angenommen worden. Die Unabhängigen Sozialisten haben wie gewöhnlich die Zustimmung verweigert, wogegen die Polen zum ersten Male während des Krieges sich der Stimme enthielten. Fast einstimmig also sind dem Reiche die Mittel zur weiteren Kriegführung bewilligt worden — die innere Krise, die gewittergleich am politischen Himmel aufgezogen war, ist überwunden.

## Die weitere Aussprache.

Abg. Dr. Strefemann (natl.): Die Durchführung des innerpolitischen Programms des Reichskanzlers ist lonaal erfolgt und die Ergebnisse sind keineswegs zu unterschätzen. Die Schwierigkeiten in der Erledigung der preussischen Wahlreform sind mit der einfachen Formel „löst auf“ nicht zu überwinden. Für die Auflösung muß ein passender Zeitpunkt gewählt und das Herrenhaus durfte nicht übergangen werden. Die militärischen Aktionen im Süden Rußlands bezwecken keine territorialen Erwerbungen. Ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen der politischen Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung halten auch wir für eine Notwendigkeit.

## Reichskanzler Graf Hertling

ging auf die Rede des Abg. Dr. Strefemann in einer kurzen Erwiderung ein, in der er den wichtigsten Teil seiner gestrigen Ausführungen über die Ziele der Reichspolitik im Osten und Westen noch einmal unterstrich. Er schloß mit den Worten: Seien auch Sie mit, daß wir im Innern die Einheitsfront halten, die für unsere Brüder draußen im Felde so überaus wichtig ist. Wollen Sie alle mit, daß wir die schwere Zeit des Krieges, den wir führen müssen, so lange wir ihn führen müssen, bis zum ehrenvollen Ende bestehen.

Abg. Warmuth (Dsch. Fr.): Die unerfreuliche Wirkung der Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann vom 24. Juni mußte sobald wie möglich beseitigt werden. Mit dieser Rede hatte sich Herr v. Kühlmann das so noimenblaze allgemeine Vertrauen verlohrt. Die Ausführungen des Reichskanzlers finden unsere Billigung.

Abg. Ledebour (l. Soz.): Wir stehen der Person des Herrn v. Kühlmann viel unbefangener gegenüber als andere Parteien. Wir haben nie begriffen, wie die Mittelparteien seine Politik als im Einklang mit der Friedensentscheidung stehend ansehen konnten und diese Politik auch in Zukunft unterstützen wollten.

Hierauf wurde auf Antrag Gräber (Zentr.) die Aussprache geschlossen. Die Kreditvorlage wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. Zum Berichterstatter für die Vollversammlung wurde Abg. Fischbeck (Sp.) bestimmt.

Reichsfinanzsekretär Graf Koedern regte an, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen zur Mitberatung von Verträgen, die erneuert oder neu abgeschlossen werden sollen.

Die Abgg. Roske (Soz.) und Erzberger (Ztr.) gaben ihrer Genehmigung darüber Ausdruck, daß die Regierung mit dieser Anregung an den Reichstag herantritt.

Zum Berichterstatter über die Frage einer Reform des auswärtigen Dienstes für die Vollversammlung wurde Abg. Freiberger (Dsch. Fr.) gewählt.

Der Vorsitzende Abg. Ebert (Soz.) schloß darauf die letzte Sitzung des Hauptausschusses in diesem Tagungsabschnitt.

## Die Kämpfe im Westen.

Wie unsere Feinde lägen.

Die feindlichen Blätter bringen wieder einmal spaltenlange Berichte zur Verabingung ihrer Leser über die verzweifelten Versuche des Generalissimus Foch, die eberne deutsche Mauer umzuwerfen. Aber die Menge der Leuteschen und die Spekulation auf die geographischen Unkenntnisse können nicht darüber hinwegtäuschen, daß



Foch's Angriffe jämmerlich zusammenbrachen. Die nachstehende Karte zeigt in dem schwarzen Bünktchen mit dem Ortsnamen Hamel die „Erfolge“ Fochs in 14 Tagen, so winzige „Erfolge“, daß sie innerhalb unseres Gewinnes in der Frühjahrsoffensive völlig verschwinden würden und daher zehnfach vergrößert werden müßten! Die Niederlage Fochs verhindert ihn sogar bei Kämpfen mit rein drücklichen Zielen größeren Bodengewinn zu machen. Was sein Geschick sein wird, wenn die Offensive wieder auf der Front ausflammt, ist daher leicht zu ermessen.

## Unsere Luftbeute im Monat Juni.

468 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Mitteilungen des Wolffischen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 13. Juli.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südwestlich von Vailent wurden mehrfache Angriffe starker englischer Abteilungen abgewiesen. Ebenso scheiterten nächtliche Vorstöße des Feindes nördlich von Albert.

Hestigem Feuerkampf auf dem Westufer der Aisne folgten zwischen Castell und Mailly Teilangriffe der Franzosen, die der Feind am Nachmittag bei Mailly, am Abend in dem ganzen Kampfabchnitt nach erneuter starker Artillerievorbereitung wiederholte. In Castell und im Gebüde Archin setzte sich der Feind fest. Ostlich dieser Linie brachen seine Angriffe in unserem Gegenstoß zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Zwischen Dife und Marne blieb die Gefechtsstätigkeit rege. Erneute Vorstöße des Feindes nördlich von Longpont und südlich des Durca wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. In den mittleren Vogesen und am Hartmannsweilerkopf lebte die Gefechtsstätigkeit auf. Nordöstlich von Bont a Mousson und im Fauc-Grunde scheiterten nächtliche Vorstöße des Feindes.

Im Juni wurden an den deutschen Fronten 468 feindliche Flugzeuge, davon 92 durch unsere Flugabwehrgeschäfte und 63 Fesselballone abgeschossen. Davon sind 217 Flugzeuge in unserem Besitz; der Rest ist jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgeführt.

Wir haben im Kampf 153 Flugzeuge und 51 Fesselballone verloren.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

### Der mißglückte Luftangriff auf Coblenz.

Berlin, 13. Juli.

In der Nacht vom 10. zum 11. Juli hat ein amerikanisches Geschwader von 6 Flugzeugen versucht, die Stadt Coblenz mit Bomben anzugreifen. Der Angriff scheiterte vollkommen. Keines der Flugzeuge ist dazu gekommen, seine Bomben abzuwerfen. 5 Flugzeugen dieses Geschwaders wurde die Rückkehr über die eigenen Linien verwehrt, sie fielen sämtlich in unsere Hand. Die Besatzungen wurden bis auf wenige lebend gefangen.

Seit über einem Jahre haben sich die Amerikaner wieder und wieder gerührt, mit Tausenden von Flugzeugen die Städte Westdeutschlands in Schutt und Asche zu legen und dem deutschen Volke durch ihre Luftwaffe die entscheidende Niederlage zu bereiten, die alle Mächte Englands und Frankreichs ihm nicht hätten beibringen können. Der Luftangriff auf Coblenz war der erste größere selbständige Versuch der Amerikaner, er ist kläglich gescheitert. Schmerzliche Erfahrungen am eigenen Leibe haben die amerikanischen Flieger den Unterschied zwischen Bräuleri und Wirklichkeit gelehrt.

## Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, den 14. Juli 1918.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Auf dem Westufer der Aisne tagsüber rege Artillerietätigkeit. Am Abend lebte sie an der übrigen Front in Verbindung mit Erkundungsgesechten auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Vertikale Kämpfe im Walde von Villers-Cotterets. Nach starker Artillerievorbereitung griff der Feind am Abend westlich von Chateau-Thierry an. Er wurde blutig abgewiesen. Das nächtliche Störungsfeuer war zeitweise lebhaft.

Bei aufklärendem Wetter stiegen unsere Bombengeschwader zu nächtlichem Angriff gegen die feindlichen Bahnanlagen an der französisch-amerikanischen Dünkirchen—Boulogne—Abbeville, dem Raume Villers—St. Pol—Doullens, sowie in Gegend von Croy-en-Balots und Villers-Cotterets vor.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

### In Erwartung der Entscheidung.

General Foch empfing dieser Tage die Bürgermeister der Gefährzone einschließlich der Stadt Paris und des Seine-Departements. Der General führte aus, er glaube weiter, daß die Entscheidung über das Schicksal der Gefährzone unter allen Umständen in der nahe bevorstehenden Schlacht fallen würde. Er glaube, daß diese Entscheidung zugunsten Frankreichs fallen werde. — Ergänzend schreibt der „Temps“ dazu: „Der Beginn zunehmender Luftaufklärung läßt auf einen neuen Sturm an der Front schließen. Von der Wiederaufnahme des großen Waffenganges können uns nur noch wenige Tage trennen.“

### Anderthalb Millionen Flüchtlinge aus Paris.

Nach Berichten zuverlässiger aus Frankreich in Genf eingetroffener Persönlichkeiten beträgt die Zahl der Menschen, die Paris verlassen haben, mehr als anderthalb Millionen. Die Flüchtlinge sind, soweit es die schlechten Verkehrsverhältnisse erlaubten, über ganz Frankreich verteilt worden. Die Hauptmasse befindet sich jedoch noch immer in den Paris benachbarten Departements, wo sich die Ernährung und die Wohnmöglichkeiten zusehends verschlechtern. — Die Sammlungen des Louvre (französisches Nationalmuseum) sind von Paris nach Toulouse gebracht worden.

### Neue U-Boots-Erfolge.

20 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 12. Juli.

Amtlich wird gemeldet: Von unseren U-Booten sind im Kanal neuerdings 4 bewaffnete Dampfer mit zusammen 20 000 Br.-Reg.-To. versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Frankreichs Handel unterbunden.

Durch den U-Boot-Krieg ist Frankreichs Handel nach Gröckenland fast völlig unterbunden. In Warfelle liegen, Schweizer Blättern zufolge, seit vielen Monaten

Waren im Werte von Millionen, die vergeblich auf ein Schiff nach Saloniki, dem Bräus, Korfu, Rhodus um. Schiff nach Saloniki, dem Bräus, Korfu, Rhodus um. warten. — Die „Depêche de Bresl“ schildert die elende Lage der französischen Handelsflotte. Seit 1914, sagt das Blatt, haben wir kaum 6 Handelsschiffe gebaut. Unsere Werften haben kaum zwei bis drei vollendet und nicht einen einzigen Neubau begonnen.

## U-Boot-Erfolge im Norden.

15000 Tonnen versenkt.

Berlin, 13. Juli.

Amlich wird gemeldet: Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz vernichteten unsere U-Boote 15000 Br.-T. feindlichen Handelsschiffes. Drei von den versenkten Dampfern wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

### Mannschaftsmangel der englischen Handelsflotte.

Ein buntes Völkergemisch war es, das „U. . .“ vor wenigen Wochen nach der Versenkung eines englischen Zuckerdampfers im Atlantischen Ozean in Rettungsbooten antraf. 79 Mann zählte die Besatzung. Doch die allerwenigsten der Leute waren Engländer, in erster Linie nur die Offiziere und Maschinisten. Die Mannschaft setzte sich zusammen aus afrikanischen und amerikanischen Negern, Malaien und Mongolen, Indern, Chinesen und Japanern, neben einigen Europäern. Auch wieder ein Beweis dafür, wie knapp die englische Handelsmarine heute an Seeleuten ist und mit was für zweifellos zum größten Teil wenig geeigneten Ersatzleuten sich die englischen Schiffe behelfen müssen.

## Friedens- und Kriegsziele.

Belgien als Faustpfand.

Amlich werden jetzt die Ausführungen des deutschen Reichskanzlers im Hauptauschuss zur belgischen Frage, die zunächst für vertraulich erklärt worden waren, wörtlich veröffentlicht. Der Kanzler sagte danach über Belgien:

„Was die Zukunft Belgiens betrifft, so bedeutet die Okkupation und der gegenwärtige Besitz Belgiens nur, daß wir ein Faustpfand für die künftigen Verhandlungen haben. Im Begriff des Faustpfandes liegt es, daß man das, was man als Pfand in der Hand hat, nicht behalten will, wenn die Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis geführt haben. Wir beabsichtigen nicht, Belgien in irgendeiner Form zu behalten.“

Wir wünschen genau so, wie ich schon am 24. Februar gesagt habe, daß nach dem Kriege wiedererstandene Belgien als selbständiges Staatswesen keinem als Vasall unterworfen, mit uns in guten freundschaftlichen Verhältnissen lebe.

### Sicherungen.

Der Kanzler fuhr fort: Diese Seite meiner Politik steht durchaus im Zusammenhang mit den allgemeinen Richtlinien, die ich Ihnen bereits dargelegt habe. Wir führen den Krieg als Verteidigungskrieg. Weil wir ihn als Verteidigungskrieg führen, weil uns von Anfang an jede auf die Welt Herrschaft gerichtete Tendenz ferngelegen hat, darum werden auch unsere Friedensziele dementsprechend. Was wir wollen, das ist die Unverletzlichkeit unseres Gebietes, das ist freie Luft für die Entwicklung unseres Volkes, insbesondere auf dem wirtschaftlichen Gebiete, das ist natürlich auch die notwendige Sicherung für künftige schwierige Verhältnisse. Das trifft vollkommen auch für den Standpunkt zu, den ich Belgien gegenüber einnehme.

### Ansprache König Ludwigs.

In München hielt der König von Bayern bei einer Soldatenvereidigung eine Rede, in der er sich ähnlich wie der Kanzler über die Kriegsziele äußerte. Er sagte u. a.: „Wir waren in unseren Siegen jederzeit bereit zu einem ehrenvollen Frieden. Unsere Feinde haben aber die sehr beschwerlichen Anträge mit Hohn zurückgewiesen. Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als weiter zu kämpfen und zu siegen, bis unsere Feinde einsehen, daß ihre Anstrengungen erfolglos bleiben. Wir wollen einen Frieden, der unsere Zukunft sichert, der uns freie Bahn schafft zu Wasser und zu Lande, so daß jeder Deutsche, wo er auch sich befindet, sich sicher fühlen kann.“

### Englische Zwei- und Eideutigkeiten.

Lloyd George sagte in einer Rede an amerikanische Truppen: „Wir fordern nicht einen Meter Gebiet von Deutschland und wir wünschen nicht, es desjenigen Besitzes zu berauben, auf den es ein Recht hat.“ — Die letzte Wendung ist bewußt zweideutig. Bekanntlich behaupten unsere Feinde, wir hätten kein Recht auf Elsaß-Lothringen. Auch unser Recht auf Posen, Westpreußen und Schlesien hat Präsident Wilson bestritten. In Wahrheit handelt es sich für Lloyd George nur darum, die angelsächsischen Kriegsziele territorialer und wirtschaftlicher Art — Eroberung der asiatischen Türkei, Ägyptens und Persiens, Zerstörung unserer Kolonialbesitze und Vernichtung des deutschen Welt Handels — zu erreichen.

Der Schatzkanzler Bonar Law, unzweifelhaft neben Lloyd George die mächtigste Person unter den britischen Ministern, hat sich dagegen bekanntlich ganz eindeutig vor wenigen Tagen zu den berüchtigten Geheimverträgen, die auf die Zerstückelung Deutschlands und Österreich-Ungarns hinauslaufen, bekannt, und bei der Eröffnung des zwischenparlamentarischen Handelsabkommens in London sagte er, wie jetzt britische Blätter melden, über Deutschland: „Ein wildes Tier ist auf freier Bahn. Auf es einzureden, sich mit ihm auseinanderzusetzen, hat nicht den geringsten Nutzen. Nur eins bleibt hier übrig — es zu vernichten. Und es ist unsere Pflicht, und die Pflicht aller uns verbündeten Völker, unsere Bahnen aufeinanderzusetzen, bis dieses Ziel erreicht ist.“

### Poincarismus.

Bei seiner Ansprache an das diplomatische Korps, die Poincaré halten wird, wird er, nach Pariser Meldungen, die Versicherung erneuern, daß die Entente keinen Anlaß habe, direkte oder indirekte Friedensvorschläge zu machen. Solche müßten von den Mittelmächten ausgehen.

Poincaré, der verfassungsgemäß fast unverantwortliche französische Präsident und Advokat aus Lothringen ist die Seele der französischen Revanchepolitik gewesen und derjenige, der durch Doumergue und Ribot von den Verbündeten die Zusage erhielt, Frankreich werde nach dem Siege die Reichsländer, das Saarland und die Pfalz erhalten. Seine Hartnäckigkeit wird — rumänisch enden.

# Guer Gold muß für das Vaterland arbeiten! Die Goldankaufsstellen zahlen den vollen Goldwert

## Kampf um Murman.

Einsame Finlands?

Die englischen Truppen sind nach der Besetzung der Murmanküste südwärts marschiert und haben Kem besetzt. Dort stehen die englischen Militärbehörden die Mitglieder des Kemer Sowjets erschließen. — Finnische Gardes ergriffen die Offensiv gegen die von Briten und Franzosen bewachte Eisenbahn der Murmanküste und sind bis 50 Werst vor Kandalaksa vorgedrungen.

Damit scheinen die Ereignisse ins Rollen gekommen zu sein. Die finnische Regierung hat soeben die fünf Jahrgänge 1892 bis 1896 der schon beurlaubten Mannschaften wiederum unter die Fahnen gerufen.

### Gegen die Friedensstörer.

Der allrussische Sowjetkongress billigte den Beschluß der Sowjetregierung, die die Lage an der Murmanküste als eine fortgesetzte offene Verletzung der gegenwärtigen internationalen Stellung Russlands ansieht. Dieses bewaffnete Eindringen, sagt der Bericht der Bolschewisten, beantwortet wir mit der Forderung der Entsendung der Landungstruppen und der Entsendung unserer Truppen in das Murmangebiet.

### Das Mördernest Wologda.

In Wologda an der Bahn Jaroslaw-Archangelsk, wo Verbandsführer eine „unabhängige“ Republik erklärt hatten, sind die Befehle der Entente verhängt und Sir Buchanan, der unter Kerenski Englands Botschafter in Petersburg war und Kerenski zur Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland aufstieß, wird dort jetzt aus England entlassen, um seine Heberlein wieder aufzunehmen. Der nach der Ermordung des Grafen Mirbach als der eigentliche Instigator gesuchte ehemalige Anarchist und Kriegsminister von Kerenski Gnaden, Sawinkow, ist unter dem Schutze des französischen Botschafters Rouleus in Wologda eingetroffen. Die Bolschewisten haben eine große Belohnung auf Sawinkows Kopf ausgeschrieben. Wie der „Matin“ meldet, haben die Bolschewisten Wologda angegriffen. Es kam zu Straßenkämpfen, in denen die Bolschewisten Sieger blieben.

### Zum Tode Mirbachs.

Der Hetman der Ukraine, Skoropadski, richtete ein Beileidstelegramm an Kaiser Wilhelm, in dem es heißt: „Durch die mächtige Hilfe des Deutschen Reiches zum staatlichen Leben wiedererstand, trauert das ukrainische Volk um den Verlust des Mannes, der immer sich als Freund der Ukraine bewährte.“ In der rumänischen Kammer geißelte Stoian den Mord an dem deutschen Botschafter und lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Tätigkeit der Ententeagenten in Rumänien. Die Kammer und die Minister schlossen sich dem an. — Der Deutsche Kaiser empfing eine Reihe von Telegrammen, so von Kaiser Karl und dem König von Bayern, die ihre Entrüstung über den feigen Mord Ausdruck gaben.

## England gegen Rußland.

Die Maske fällt.

Die britische Regierung hat jetzt amtlich bekanntgegeben, daß die Murmanküste von nun an englisches Gebiet sei. Das Reutersche Bureau erfährt, daß beträchtliche Entente-Streitkräfte die Murmanküste schützen. Weitere Truppen werden ausgesandt.

Damit wird der feindselige Akt gegen die Sowjetregierung offiziell bestätigt und die weiteren Ereignisse werden wohl ergeben, daß von der Murmanküste aus jetzt der Verband selbst zum Sturz der Bolschewisten schreitet, nachdem seine Helfershelfer, die Moskauer Butschisten, erfolglos blieben.

Die Bolschewisten haben alle Kriegsvorbereitungen in Nordrußland getroffen. In Archangelsk wurden auf Befehl Lenins 300 serbische und italienische Offiziere verhaftet. Die Sowjetregierung erklärte, sie sei zum Kriege entschlossen, wenn der Streit um die Murmanküste nicht im guten geregelt werden könne, was nach der jetzigen britischen Meldung ausgeschlossen ist.

### Weitere russische Rüstungen.

Der „Daily Chronicle“ meldet aus Moskau, daß große Streitkräfte der Bolschewisten nach dem fernen Osten unterwegs seien. Zunächst habe man die Ubsicht, Irkutsk wiederzugewinnen. Auch gegen die Tscheko-Slowaken in Wladiwostok wird ein Angriff vorbereitet. Der Korrespondent des Blattes sagt, daß die Stimmung in Petersburg trotz der Sozialrevolutionäre immer mehr entente-feindlich werde, sogar in den bürgerlichen Kreisen ließe sich das bemerken. Man fürchtet, daß Rußland wieder in einen militärischen Konflikt gerate und diesmal mit der Entente, nachdem England an der Murmanküste, Japan im Osten und die Franzosen mit einem Bataillon in Chabin eingebrochen sind.

Über neue Unruhen in Moskau und Arbeiterausständen in Petersburg liegt eine Reihe Meldungen aus Paris und London vor, die zum Teil alte Vorfälle wieder aufwärmen, zum Teil offenbare Stimmungsmaße sind.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Die geheime Sitzung des preussischen Herrenhauses über den Antrag auf Ausschluß des Fürsten Lichnowsky (des früheren Botschafters in London) führte wider Erwarten zu einer über vierstündigen lebhaften Verhandlung. Das Ergebnis wird erst später bekanntgegeben, weil es nach der Verfassung noch der Bestätigung durch den König bedarf. Daraus geht hervor, daß das Haus zum Beschluß gekommen ist, dem Fürsten Lichnowsky die bisherige erbliche Mitgliedschaft abzuerkennen. Das Herrenhaus vertagte sich dann bis zum Herbst.

+ Die Reichsbefleidiungsstelle sieht sich genötigt, die Frist für freiwillige Abgabe von Anträgen wieder zu

verlängern. Nach einer amtlichen Bekanntmachung wird sie für diejenigen Kommunalverbände, die die ihnen auferlegte Zahl noch nicht erreicht haben bis zum 15. August hinausgeschoben.

+ Der Reichstagsausschuss für das Schutzhaftgesetz beschäftigte sich vor der Vertagung mit einer Entschließung, die der Vollversammlung vorgelegt werden sollte. Gegen den Inhalt und die Form dieser Entschließung aber wurde sowohl von Mitgliedern des Ausschusses wie von den Vertretern der Regierung Einspruch erhoben. Da kein Einverständnis zu erzielen war, wurde die Weiterberatung für zwecklos angesehen und die Verhandlungen wurden abgebrochen. Der Ausschuss wird erst im Herbst wieder zusammenzutreten. — Der Wohnungsausschuss des Reichstages wird im August eine Reise nach Stettin unternehmen, um dort verschiedene Wohnungseinrichtungen zu besichtigen.

### Österreich-Ungarn.

+ Im ungarischen Abgeordnetenhaus wurde das Gesetz über die Wahlreform mit großer Mehrheit angenommen. Vor Schluß der Erörterung ergriff Ministerpräsident Dr. Bekerele das Wort. Er sagte, im Verlaufe der Beratung sei es zutage getreten, daß die Wahlreform in diesem Hause nicht in dem Umfange durchgeführt werden könne, wie die Regierung es beabsichtigt habe. Er habe es jedoch vermieden, zur Auflösung zu schreiten, weil diese die Aufregung infolge der Wahlkämpfe verlängern und die Wahlreform mindestens um ein Jahr hinauschieben würde. Das Frauenstimmrecht habe der Ausschuss abgelehnt, doch werde die Regierung in der Einzelberatung eine besondere Abstimmung beantragen.

### Großbritannien.

+ In einer Niesenversammlung englischer Produzenten sprach der australische Ministerpräsident abermals davon, Deutschlands Wirtschaftsleben auf den Stand des Jahres 1880 herabzudrücken. England müsse durch Sperrung der Rohstoffe für Deutschland dieses Ziel erreichen, da sonst nach dem Kriege Deutschland Englands Handel schlagen werde. Die britischen und deutschen Handelsstatistiken, sagte Hughes, zeigten, daß dank der englischen Handelspolitik die Deutschen vor dem Kriege die besten Plätze im Weltmarkt einnahmen. Die englische Politik machte sich vor dem Kriege nicht bezahlt. — Voraus abermals hervorgeht, daß der Krieg von England geführt wird, um diesen Nebenbuhler zu ruinieren und „sich bezahlt“ zu machen.

### Frankreich.

+ Leon Bourgeois, der Präsident der „Kommission für das Studium der Liga der Nationen“ hat im Gewerkschaftskartell den Völkerverbund als Mittel gegen Deutschland gepriesen. Er wies energisch das „elende Argument“ zurück, nach dem das Studium des Problems die Entente armen schwäche und nur dazu dienen könne, die Stunde des Friedens unvorhersehbar zu beschleunigen, während der gerechte und der wahre Friede natürlich nur aus dem Siege der Alliierten hervorgehen könne. — Damit hat Bourgeois die falsche Wiffontage des Völkerverbundes aus dem Saal gelassen.

### Vereinigte Staaten.

+ Amerika, in dem seit Jahrzehnten der Kampf der Alkoholgegner gegen den Alkohol mit echtem Yankee-fanatismus geführt wurde und wo durch Volksabstimmung in vielen Staaten der Minderheit einfach der Alkohol entzogen wurde, dieses Amerika wird völlig ernüchtert werden. Aus Newyork wird nämlich gemeldet, daß die Vereinigten Staaten im nächsten Jahre den Verkauf von berausenden Getränken für die Dauer des Krieges verbieten werden. Alle Brauereien haben jetzt die Mitteilung erhalten, daß sie nur soviel Brennstoff erhalten werden, als für die Verarbeitung ihrer vorräthigen Rohstoffe erforderlich ist. Das bedeutet nichts weniger, als daß innerhalb acht Monaten alle Brauereien schließen.

## Bericht über die

## öffentliche Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums

am 11. Juli 1918.

Nachdem Herr stellv. Stadtver. - Vors. N i e l die Beschlussfähigkeit festgestellt hatte, eröffnete er gegen 8 Uhr die Sitzung. Punkt 1 betraf die Erhöhung der Gebühren des Nahrungsmittelchemikers um 20 %. Derselben wurde laut Ratsbeschluss zugestimmt. — Dasselbe geschah beim 2. Punkt betr. die Hundsteuer, daß jedes derartige Steuererlassgesuch abgelehnt werden soll, sobald die Steuerpflicht zwei Monate bestanden hat. — Die Belastung der Sportklasse ist durch die verschiedenen Erhöhungen der Anlagen eine derart große, daß die feinerzeit bewilligten 200 Mk. nicht ausreichen. Es macht sich eine Nachbewilligung von 697 Mk. notwendig. Diese wird ebenfalls einstimmig — weil notwendig — gutgeheißen. — Von einer Erklärung des Fahrmeisters Hache, daß er ebenfalls Rückfahrkarten ausgeben will, wird Kenntnis genommen. — Unter 5. Punkt wird mitgeteilt, daß der Gaspreis wie folgt erhöht worden ist: 25 Pfg. für Leuchtgas (23 Pfg. für öffentliche Zwecke), 22 Pfg. für Kochgas, einschließlich Kohlensteuer. In Anbetracht der allgemeinen Lernerung erklärt man sich damit einverstanden. — Von der Erhöhung der Zinsen einer Hypothek von 4 auf 4 1/2 % durch die Rentkader Sparkasse wird Kenntnis genommen. — Beim 7. Punkt begründete Herr stellv. Stadtver. - Vors. N i e l das Gesuch des Sturmstifters, welcher um eine Beihilfe von 400 Mark zwecks Aufstellung eines Gellisten ersucht. Nachdem Hr. D o r n und Hr. K n i p f e l im selben Sinne dafür gesprochen hatten, wird im Einklang mit dem Ratsbeschluss verfahren. Bei dieser Gelegenheit wurde mit Recht die besonders an den Kurkonzerten (s. V. Sonntags vorm.) zutage tretende Gleichgültigkeit der Schandauer Einwohnerschaft gerügt. Es sei doch immerhin ein billiges Vergnügen, das sich jeder leisten könne. (An dieser Stelle ist die unverständliche Laune schon des öfteren ins rechte Licht gerückt worden. Es wäre sehr erfreulich, wenn darin baldigst eine Aenderung vor sich ginge! D. Schriftstg.) — Außerhalb der Tagesordnung wurden noch erledigt: Angelegenheit betr. die Volksbibliothek, für welche der städtische Zuschuß von 50 auf 100 Mark erhöht wird; Abienung der Elektra betr. Stadträteingabe zwecks Verbilligung der Anliegerhefte; Einverständnis mit einer Zahlung von 100.— (statt 108,50) für einen im Städt. Krankenhaus verstorbenen mittellosen Altendorfer Einwohner (durch seine Angehörigen), für den die Zahlungspflicht der Orts-Krankenkasse Wendischfahre verfrühen war; Teuerungszulage bez. Gehaltserhöhung für zwei städtische Hilfsarbeiterinnen bez. 1. Arbeiter und den Wassermeister. Diergu gab Herr stellv. Stadtver. - Vors. N i e l die verdienstliche Erläuterungen. Er teilte auch u. a. mit, daß Hr. Carl M a r t i n nun auch zum Seeresidenten eintreffen müsse. Dies sei bedauerlich, hat doch genannter Stadtverordneter in letzter Zeit den Verkehr mit den in Frage kommenden Behörden betr. die Ernährung unserer Einwohnerschaft erledigt. Ein Reklamationsgesuch ist unterwegs. Es ist zu hoffen, daß es berücksichtigt wird. — Darauf schloß Herr N i e l die Sitzung, nachdem das Protokoll verlesen und unterschrieben worden war.

## Kurtheater Bad Schandau.

Biel gelacht wurde gestern über „Die große Null“ von Gustav Scherfner. Es ist ein wirkliches Lustspiel, — wenn auch manchmal etwas dech. Und der Vertreter der Rolle, nach der die Bezeichnung des Stückes erfolgte, Direktor Paul Gernsdorf, sah sich dem Sinne angeschlossen an und wirkte oft urkomisch, wodurch er viel zum Lachen reizte. Hans Herbert Baer war wiederum ein ganz patent Gesellschaftsmensch, schneidig und lebendig. Seine schamhafte Braut wurde durch Ursula Stehler mit Wärme gegeben und ihre Base — ebenfalls ein trotziger Wadtsch — war durch Grete Werner (V) vertreten. Beide waren nette Mädel. Lina v. d. Oren hatte sich als „Studentenmutter“ gut in diese Position hineingedacht und gab sie echt wider. Die stolze Mama, die ungern für alt gelten wollte, der „die kurzen Kleider der Tochter selbst gut fanden“, wurde von Magda Behrens mit vollem Verständnis gemimt. Ein komischer Alter war Hofschauspieler Albert Bauer in der Rolle des Prof. Lorenz. Als tüchtiger Praktiker behandelt er — wie wir bereits bemerken konnten — die ihm gestellten Aufgaben mit großer Selbstverständlichkeit. Und das wirkt, dieses natürliche. Willi Dolgner gefiel sehr gut als schwäbischer, kraftstrotzender Bauer — erst in der Tracht, später im Gesellschaftsanzug. Dieses urwüchsige, lingschminkte, das auch der letzte nicht verdecken konnte, das Tappische — alles war des Beifalls wert. Ein toller Lohnkellner war Herbert Erbach, an dem sich mancher echte „Ober“ ein Beispiel nehmen konnte in bezug auf Schnelligkeit und Mundschweigen. Curt Wagner ist anscheinend dazu bestimmt, ewiger Diener zu sein; so erlebte er auch gestern abend mit Gewissenhaftigkeit seine Aufgabe. — Es war ein wirklich lustiger Abend, den die Besucher erleben, und die Darstellung hat den Beifall voll verdient. Bühnenausstattung und Garderoben waren ansprechend und gut gewählt. No. 17.

Am **Mittwoch**, nachm. 5 Uhr, gastieren im Schützenhause die Geschwister Müller, das berühmte Kinder-Trio vom Königl. Schauspielhaus in Berlin; Lotte, Hildegard und Wolf Müller mit dem Märchenstück mit Gesang und Tanz „Hänsel und Gretel“ sowie mit bunten Vorträgen. Die kleinen Künstler werden überall herzlich willkommen heißen, und ihre schönen Leistungen erregen bei jung und alt höchste Bewunderung. Wie wir schon mitteilten, wurden sie mit ihren Darbietungen sogar vom Generalkommando nach Elbau, Neval und Velsingsfors (Finnland) berufen. So dürften die Geschw. Müller auch bei uns gern gesehen sein, zumal die Eintrittspreise niedrig sind.

Einem interessanten Max Halbe-Abend bringt dieser **Donnerstag**. Des gelehrten Dichters hervorragendes Schauspiel „Der Strom“ in 3 Akten gelangt zur Aufführung. Von tiefgehendster Wirkung, fesselt das spannen geschriebene Werk durch den Inhalt und den wahrhaft glänzenden Aufbau der Handlung. Treffend und lebensgetreu zeichnete Halbe seine Personen, Menschen von Fleisch und Blut, fest und loerrig, voll Kraft und Leidenschaft. Daher wurde „Der Strom“ zu einem der wertvollsten Schauspiele der deutschen Bühnen-Literatur. Als „Renate“ tritt Frä. Maria Salben vom Stadttheater in Moskau zum ersten Male auf. Den „Peter Doorn“ führt der gastierende Hofschauspieler **Albert Bauer** zu seinen besten Rollen. Er legt gleichzeitig das stimmungsvolle Werk in Szene.

Für die anlässlich ihrer Kriegstraung dargebrachten Glückwünsche **danken** nur hierdurch herzlichst

Postsekretär **Heinrich Streller**, z. Zt. im Felde,  
und Frau **Hedwig geb. Schuffter**.

Schandau.

Dresden.

## Kur-Theater Bad Schandau

(Schützenhaus).

Leitung: Paul Gernsdorf.

**Mittwoch, den 17. Juli 1918, nachm. 5 Uhr:**

**Gastspiel Geschw. Müller (Müllerkinder)**

vom Kgl. Hoftheater in Berlin.

**Hänsel und Gretel.** Bunter Teil.  
**Vorverk. bei Cl. Eissner. Ermäßigte Preise.**

**Donnerstag, den 18. Juli 1918, abends 8 1/4 Uhr:**

**Max Halbe-Abend.**

**DER STROM.**

Wirkungsvollstes Schauspiel in Akten.

**Morgen Berner**  
Romantischer  
Abend.

**Mittwoch: „Kurhaus“, 8 1/4 Uhr.**

Die Aushändigung der Zeitung erfolgt nur gegen Vorlegung der Quittungskarte!

**Grundstück**

mit Garten zu mieten resp. zu kaufen gesucht.

Al. Stok, Reichenau i. Sa.

Moderne

**6-Zimmerwohnung**

oder Einfamilien-Willa mit Garten oder Veranda zum 1. Okt. oder früher zu mieten gesucht.

Offerten unter B. K. 100 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**2 Zimmer**

zum Möbelleinstellen für dauernd gesucht.

Näheres an Forsthaus Ostrau.

**Große Wohnung**

gesucht

in Schandau oder Nähe, möglichst frei gelegen, zu eingeführtem Pensionsbetriebe zum 1. 10. od. sogl. Off. unter „Pension“ in näheren Angaben erb. an die Geschäftsstelle d. Bl.

Eine freundliche

**Wohnung**

im 1. Stockwerk ist zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen.  
Eml Schmidt, Elbstr. 60.

## Verchiedene Rezepte zur Verwendung von Mairüben.

### Mairübenfleisch.

Die Mairüben werden geschält, geschnitten und mit kochendem Wasser überbrüht, damit sie den beißenden Geschmack verlieren, dann in Salzwasser weich gekocht, mit etwas Margarine, Zwiebel und Mehl gebräunt. Muskat dazu gegeben und dann dick eingekocht.

### Mairübenfalsat.

Die Mairüben werden wie Kartoffeln mit Schale weichgekocht, geschält, in Scheiben geschnitten, Salz, Pfeffer, Zwiebel und ein wenig Zucker dazugegeben. Dann wird aus 1/2 Tasse Eßig, 1/2 Tasse Wasser, 1 Kaffeelöffel Kartoffelmehl und einem Fleischabwürger eine Sauce hergestellt. Diese läßt man kalt werden und gießt sie dann über die Mairüben.

### Räuchchen von Mairüben.

Mit etwas Salz weichgekochte Mairüben (das erste Wasser weggießen) werden zu Brei gerührt. Einige Schöffel voll Suppenmehl, wie man es überall das 1/2 Pfund für 1.30 M. kaufen kann, darunter gerührt. Einige Minuten läßt man die Masse stehen, damit das Mehl quellen kann. Nun tut man wieder einige Löffel des trockenen Suppenmehls in einen Teller, gibt einige Löffel Brei hinein, um Räuchchen zu formen und diese in dem Mehl umzudrehen. Der Teller braucht nur wenig eingeseht zu werden, in welchem dann die Räuchchen bräunen. Kalt oder warm zu essen, mit Marmelade oder sonstigem Kompott zu bestreichen.

## Aus Stadt und Land.

Im morgigen Kurkonzert verabschiedet sich unser Kurmusikdirektor Herr **Hanns Lorenz Fischer**, um nach Halle zurückzukehren. Sein Vater, Herr Kapellmeister Fischer, vertritt ihn für die Saison und so teilt es sich, daß morgen beide Herren anwesend sind und uns im Abendkonzert Solis für 2 Violinen geboten werden. Vater und Sohn sind uns bereits als vorzügliche Geiger bekannt, und somit steht uns ein seltener Genuß bevor.

Der Männergesangsverein „Eintracht“ läßt während der Sommerzeit seine Uebungsabende ausfallen und veranstaltet an deren Stelle Wanderabende mit Beteiligung der Familienangehörigen. Sie finden aller 14 Tage statt, haben im vorigen Jahre gut angeprochen und dürften auch in diesem Jahre eine starke Beteiligung aufweisen. Der erste Wanderabend findet Dienstag nach dem Schützenhause statt und hat als Ziel ein zwanglos gemüthliches Vessammensein bei angenehmer Unterhaltung. Hoffentlich haben dies Jahr die Wanderabende der „Eintracht“ eine gleichfalls gute Beteiligung.

Krippen. Ein aufs tiefste bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der Nacht zum Sonnabend auf dem hiesigen Alterbahnhof. Nach Zusammenstellen eines Altkerzes, bestehend aus Langholz und Tankwagen, prüfte ein Zugführer denselben nochmals. Bei einem Ruck spritzte aus einem Tankwagen, der nicht dicht ver-

schlossen war, Benzin heraus, lief über die Acetylenlaterne, entzündete sich, und sofort stand der Beamte in Flammen. Eine Schaffnerin warf geistesgegenwärtig ihren Mantel über ihn. Trotzdem sind die Verletzungen schwerer Natur und machte sich seine Ueberführung in ein Dresdner Krankenhaus notwendig. Auch der Wagen brannte lichterloh. — Wie eigenartig doch oftmals die Ursachen von Unglücksfällen sind.

Glauchau. Ein Klub der Landwirte, der den Zusammenschluß sämtlicher Landwirte des Bezirkes und eine geeignete Vertretung den Behörden gegenüber bewerkstelligt, wurde hier gegründet. Im traten sofort 60 Landwirte bei. Zum Vorsitzenden wurde Landtagsabgeordneter Leithold (Tettau), und zum stellvertretenden Vorsitzenden Rittergutsbesitzer Kretschmar (Remse) gewählt.

## Kirchliche Nachrichten.

### Parodie Reinhardtendorf.

Donnerstag, 18. Juli, 7 Uhr Kriegsbefehnde in Reinhardtendorf.

### Parodie Königstein.

Mittwoch, 17. Juli, 8 Uhr Frauenabend.

Katholische Kirche Königstein, Vielatalstraße.

Donnerstag, früh 8 Uhr hl. Messe.

Schandau, Marktstraße 87, II.

Jeden Mittwoch (in Schulwochen) 1/25—5 nachm. kostenlos.

lat. Religionsunterricht, 5—6 nachmittags kostenlos Sprech-

stunde in allen Gemeinde- und Familienangelegenheiten.

## Marktbericht.

Pirna, den 13. Juli 1918.

50 Rg. Hen 8—9 Ml.	1 Kopf Blument. 30—150 Pf.
1 Pfd. Kartoffeln 11 Pf.	1 Pfd. Kohlrabi 55 Pf.
1 Pfd. Schoten 75 Pf.	1 Stange Salat 5—20 Pf.
1 Pfd. Karotten 70 Pf.	1 Bündel Radisches 10—20 Pf.
1 Pfd. Zwiebeln 44 Pf.	1 Rettich 10—35 Pf.
1 Pfd. Stachelbeeren 80 Pf.	1 St. Meerrettich 50—100 Pf.
1 Pfd. grüne Bohnen 1.50 Ml.	1 Pfd. Gurken 1.50—1.80 Ml.

## Letzte Drabmeldung.

### Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, den 15. Juli 1918.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Westlich von Ypern griff der Feind gestern früh nach starker Feuertorbereitung an und drang in geringer Breite in unser Kampfgebiet ein. Weidert sich der Lys tagsüber Artillerietätigkeit. Sie lebte am Abend auch an den übrigen Fronten auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Zwischen Nisse und Warne blieb die Gefechtsstätigkeit lebhaft. Verlorene Infanteriegefechte südlich von Vierre-Nizel und am Savieres-Grunde. Leutnant Loewenhardt erlangt seinen 35. Luftflieg. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.



**In Gras- und Getreide-Mähern,  
Pferde- und Hand-Schlepprechen,  
Dreschmaschinen, bestbewährtes, eigen. Fabrikat,**

sowie in allen sonstigen  
landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten

empfehle mein reichhaltiges Lager den geehrten Herren Landwirten.  
Reparaturen und Ersatzteile prompt.

**Paul Knauthe, Pirna, Breitestr. 11.**  
Fernspr. 744. Maschinenfabrik in Borna, Bez. Dresden.

**Männergesang-  
Verein  
„Eintracht“**

Dienst. ab. 9 Uhr:  
Wanderabend

n. d. Schützenhause. Allee, Telin. erb.

**Herings Konditorei  
u. Kaffee, Schmilka.**

Villa „Thusnelda“

empfiehlt sich zu freundlichem Besuch.

Alte messingene  
**Wasserhähne**  
repariert

**Max Bergel,**  
Gelbgießerei,  
Königstein, an der Kirche.

**Zittauer Blumenkohl.**

Verfende Blumenkohl an Verbraucher, große Kiste 1 Ml., wenn Körbe eingel. werden, ab Zittau. F. A. Koch, Zittau-Neust. 38/40.

**Eine freundliche Wohnung,**  
für einzelne Person, bestehend aus  
Stube und Kammer und schön.  
Dachstübchen, sofort oder später  
zu vermieten

durch **E. Schmidt, Schandau,**  
Elbstraße 60 III.

**Manifette** hält stets vorrätig d.  
Druckerei d. Ztg.

**Blumenarbeiterinnen**

erhalten gutlohnende Beschäftigung in meiner Ausgabe bei Frau Ziede in Rathmannsdorf (Haus Weckenburg) bei Schandau.  
Max Hartenstein, Sebnitz.

---

Gute Bewirtung! Gute Bewirtung!

**Hotel und  
Restaurant „Frintzalmühle“**

Post- und Bahnstation Vorschdorf b. Schandau (Sächs. Schweiz)  
im herrlichen Bolenzstale,  
sowie am Ausgange des Tiefens- u. Döbelgrundes gelegen.

3 Minuten von Bahnstation Vorschdorf;  
50 Minuten von Dampfer- und Bahnstation Schandau.  
Als Sommerfrische zu kürzerem oder längerem Aufenthalt  
bestens empfohlen.

Schöner, großer, schattiger Garten, Veranden, Platz für 600 Personen.  
Vorzügliche Küche. Elektrisches Licht. Bad. Ausspannung.  
Fernsprecher: Amt Schandau Nr. 282.

Mit größter Hochachtung **Bruno Haugig.**

**Trauerbriefe und Trauerkarten** fertigt schnell an  
Druckerei d. Ztg.

Eine tüchtige, zuverlässige

**Magd**

sucht

**Hugo Werner,**  
Sebnitz (Sa.).

Eine zuverlässige, ordentliche

**Frau**

zur Krankenpflege sofort

gesucht.

Näheres **Ostrauer Mühle.**

**Durch Fernsprecher**

werden Anzeigen nur in **Ausnahmes-**  
fällen angenommen. Für Fehler, die  
durch falsches Versehen etc. gebracht  
werden, übernehmen wir keinerlei  
Verantwortung.

**Geschäftsbl. d. Sächs. Klzzeitung**

**Ehren-Erklärung.**

Die von mir gegen die Frau **Elfa**  
berw. **Hohfeld** in der Aufregung  
ausgesprochene Beleidigung nehme ich  
hierdurch zurück, warne auch vor  
Weiterbreitung.

Reinhardtendorf, den 12. Juli 1918.  
**Elfa Johne.**

Erreichte Wünsche.

Roman von A. v. Gersdorff.

(Nachdruck verboten.)

an der nächsten Treppendiegung sah Winter große Herren und mit einem ziemlich wohlbeleibten Herrn lachen, der eine volle Maske trug, deren Schnüre über dem bereits ergrauten Haare seines Hinterhauptes eine drollig aussehende Schleife bildeten, was ihm, da er sonst europäische Gesellschaftstoulette trug, ein sehr komisches Aussehen gab. Rabe lachte laut auf. „Mein guter Onkel Mark Anton! Das ist nicht übel — auf Wort.“

heiteren Lebensauffassung und riß die kleine Gesellschaft mit seiner sehr natürlichen Komik mit sich fort über beginnende Verstimmlung. Rabe aber blieb etwas einsilbig und sagte nur Rose einige nicht gerade eigenartige Schmeicheleien. Esther erhob sich in einem ihr passend erscheinenden Moment und erklärte der Freundin, daß es nun wirklich Zeit werde, das Fest zu verlassen und Oberst von Dornbusch aufzusuchen.

Deutscher Reichstag.

(188. Sitzung.) OB. Berlin, 10. Juli.

In den Bandelgängen des Reichstags wie auf den Tribünen ähert sich immer die Erregung über die Kritik im Staatssekretariat des Äußern nach. Indessen, man war heute im fast leeren Hause schon ruhiger als gestern. Sollte doch am Vormittag im Hauptausschuß Vizelfanzler v. Bayer erklärt, der Reichsfanzler werde morgen vor dem Hauptausschuß Bericht über die inner- und außenpolitische Lage erlassen. Die Fortsetzung der Erörterung der Steuervorlagen vollzog sich dann auch in ruhigen Bahnen, nur unterbrochen von einem Antrag der Parteien, den Aktienstempel auf 3 v. Z. festzusetzen.

Sitzungsbericht.

Am Bundesratslich: Graf Roedern, Schiffer. Die Beratung der Steuervorlagen wird fortgesetzt bei dem Gesetzentwurf betreffend

Abänderung der Stempelsteuer.

Der Ausschuss hat an den Sähen der Regierung eine Reihe von Änderungen vorgenommen. In der allgemeinen Ausdrucksweise zu Artikel 1 erklärt Abg. Bernstein (l. Soz.): Meine Freunde werden die reinen Verkehrssteuern ablehnen, dagegen die Kapitalsteuern unter Vorbehalt der Prüfung im einzelnen annehmen.

Die ersten 5 Artikel werden ohne weitere Erörterung erledigt. Zu Artikel 6, der die Börsenumsatzsteuer bringt, liegt ein von den Abg. Gröber (Str.), Reil (Soz.), Dr. Müller-Reinigen (Soz.), Dr. Stresemann (natl.), Warmuth (Dsch. Fr.) und Westar (konf.) unterzeichneter Antrag vor, der den Börsenumsatzstempel auf 2 v. Z. und für die Kriegszeit auf 3 v. Z. festlegen will. Der Bundesrat wird ermächtigt, im Bedarfsfalle während der Kriegszeit die Sätze auf 4 v. Z. zu erhöhen, bzw. auf 2 v. Z. zu ermäßigen.

Abg. Reil (Soz.) berichtet eingehend über die Verhandlungen im Ausschuss. Die Bewegung, die sich der Börse in den letzten acht Tagen bemächtigt hat, hat zu maßlosen Überreibungen geführt. Sogar zu einem Börsensturz ist es an zwei Plätzen gekommen. Den Satz von 3 v. Z. als Börsenumsatzsteuer (auch für Kriegsanleihe) während der Kriegszeit hielten so ziemlich alle Mitglieder des Ausschusses für durchaus gerecht und erträglich. Der vorliegende Kompromißantrag wird ja wohl die Mehrheit des Hauses finden. Der höhere Stempel wird die Spekulation nicht einschränken.

Abg. Dr. Pfleger (Str.): An der Aufregung der Börse ist die Regierung nicht unschuldig, weil sie die Erhöhung des Aktienstempels mit börsenpädagogischen Gründen belegte.

Abg. Dove (Soz.) wendet sich gegen den Abg. Reil. Wir sind von der hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Börse überzeugt, die nach dem Kriege noch größer sein wird als jetzt.

Abg. Zimmermann (natl.) tadelt die geplante Verringerung der Kriegsanleihe. Abg. v. Brachhausen (konf.): Unsere Zustimmung zu 5 v. Z. war nur bedingt. Abg. Warmuth (Dsch. Fr.): Wir stimmen dem neuen Antrag nur schweren Herzens zu, in der Hoffnung, daß der Bundesrat ohne falsche Rücksicht wieder auf den früheren Satz hinaufgehen wird. Abg. Bernstein (l. Soz.): Der Gedanke, daß durch die neue Steuer die Spekulation getroffen wird, ist haltlos. Abg. Dr. Meiser (natl.): Auch wir warnen vor der übermäßigen Anspannung der Börsensteuer. Der Artikel wird angenommen. Die Abstimmung über die Steuererträge erfolgt bei Artikel 26.

(189. Sitzung.) OB. Berlin, 11. Juli.

Das ziemlich schwach besuchte Haus setzte die Beratung der Steuervorlage beim Kapitel Umsatzsteuer fort, das durch die Ausschussberatungen eine wesentliche Veränderung erfahren hat. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die Freilassung der freien Berufe, die von verschiedenen Seiten gefordert wurden.

Sitzungsbericht.

Am Tische des Bundesrats: Graf Roedern, Schiffer. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung der Steuervorlagen beim Kapitel

Umsatzsteuer.

Der Ausschuss hat an der Regierungsvorlage eine Reihe von Änderungen vorgenommen. Die Vorlage sah auch eine Besteuerung der Leistungen der Schriftsteller usw. vor. Der Ausschuss hat diese Bestimmungen gestrichen und nur gewerbliche Leistungen der Steuer unterworfen. Die Steuer auf Luxusgegenstände, die der Ausschuss in der ersten Lesung auf 20 % festgesetzt hatte, wurde in der zweiten Lesung des Ausschusses wieder auf 10 % herabgesetzt. Für die Durchführung des kleinen landwirtschaftlichen und gewerblichen Verkehrs sind Erleichterungen zugelassen worden.

Abg. Meerfeld (Soz.): Die Umsatzsteuer ist die entscheidendste aller Steuern. Eine Ware, die nur sechsmal umgelegt wird, wird um 3 % verteuert. Auf seinen Fall büßen die Lebensmittel der breiten Massen auch noch mit einer so schweren Steuer belastet werden, ebenso müssen die Kohlen frei bleiben. Die Besteuerung des Verbrauchs von Gas, Wasser und elektrischem Licht wäre besonders bedenklich für die Gemeinden. Dagegen könnte die Luxussteuer viel härter angezogen werden.

Abg. Waldstein (Soz.): Die „Selbständigkeit“ ist ausschlaggebend für die Erhebung dieser Steuer. Der selbständige Droschkenfahrer wird also Umsatzsteuer bezahlen müssen, ein gegen festes Gehalt angestellter Generaldirektor nicht; der Feilenhauer ist steuerpflichtig, der festangestellte Chefredakteur nicht. Das sind Ungerechtigkeiten, die nicht in das Gesetz kommen dürfen.

Abg. Bernstein (l. Soz.): Wir beantragen die ausdrückliche Freilassung der freien Berufe und daher die Einfügung eines besonderen § 1a: als gewerbliche Tätigkeit wird nicht gerechnet die Ausübung eines freien Berufs als Arzt, Gelehrter, Künstler, Lehrer und Erzieher, Rechtsanwalt oder Schriftsteller.

Abg. Dr. Neumann-Doser (Soz.): Ein Teil meiner Freunde bedauert die Abänderung des § 1 durch den Ausschuss.

Abg. Junst (natl.): Die freien Berufe brauchen nicht besonders geschützt zu werden. Ihre Freilassung geht aus dem Gesetz, zum mindesten aus der Ausschussberatung und aus dem dortutage getretenen Willen des Gesetzgebers hervor.

Der Antrag Bernstein wird abgelehnt. Bei § 6 wird ein sozialdemokratischer Antrag, der die Umsatzsteuer bei Lebensmitteln von 5 v. Z. auf 1 v. Z. ermäßigen will, in namentlicher Abstimmung mit 171 gegen 114 Stimmen abgelehnt.

Nach einem Kompromißantrag sollen Gesellschaften, die zusammengehören und deren eine Waren an die andere verkauft, der Warenumsatzsteuer unterworfen sein, wenn der Betrag 100000 Mark übersteigt.

Abg. Tri (Str.): Der Antrag liegt im Interesse des Mittelstandes.

Abg. Feuerstein (Soz.): Wir haben alles Interesse daran, nach dem Kriege alle wirtschaftlichen Kräfte zusammenzufassen. Abg. Gostheim (Soz.): Der Kompromißantrag ist ein Gebot der Gerechtigkeit.

Schafmeister Graf Roedern: Die Gefahr, daß § 6a auch auf die Konsumgenossenschaften angewandt werden kann, besteht nicht.

§ 6a wird in der Fassung des Kompromißantrages angenommen.

(Fortsetzung des amtlichen Teiles aus dem Hauptblatt.)

Höchstpreise für Frühobst.

Für Frühobst werden folgende Höchstpreise festgesetzt:

Table with 4 columns: Erzeugerhöchstpreis, Großhandelshöchstpreis, Kleinhandelshöchstpreis, and a list of fruit types like Erdbeeren, Preiselbeeren, etc.

Der Erzeugerpreis für Blaubeeren und Preiselbeeren frei Verladestelle kommt dem Aufkäufer oder Händler zu, der die Beeren von den eigentlichen Pflückern aufkauft. Der Pflückerpreis bzw. der Sammlerpreis darf diese Höhe nicht erreichen.

Diese Preise treten an Stelle der mit Ministerialverordnung vom 28. 6. 1918 — Nr. 1317 V G 1 — Nr. 149 der Sächs. Staatszeitung vom 29. 6. 18, Ministerialverordnung vom 6. 7. 18 — Nr. 1384 V G 1 — Nr. 155 der Sächs. Staatszeitung vom 6. 7. 18 und Ministerialverordnung vom 8. 7. 18 — Nr. 1405 V G 1 — Nr. 157 der Sächs. Staatszeitung vom 9. 7. 18 festgesetzten Höchstpreise bzw. an Stelle der mit Verordnung vom 8. 5. 18 Nr. 107 der Sächs. Staatszeitung vom 10. 5. 18 festgesetzten Richtpreise und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes vom 4. 8. 14 (RöVl. S. 339) mit den dazu ergangenen Abänderungsverordnungen.

Die Preise gelten für das Gebiet des Königreichs Sachsen.

Diese Verordnung tritt am 16. Juli 1918 in Kraft. Dresden, am 11. Juli 1918.

Ministerium des Innern.

# Höchstpreise für Gemüse.

Mit Wirkung vom 16. Juli 1918 ab werden folgende Höchstpreise festgesetzt:

	Erzeugerpreis:	Großhandelspreis:	Kleinhandelspreis:
1. Rhabarber	15	18	25 Pfg. je Pfd.
2. Spinat (nicht Spinatersah)	30	36	47 " " "
3. Erbsen (Schoten)	35	46	61 " " "
4. Bohnen			
a) grüne Bohnen (Stangen-, Busch-)	40	52	72 " " "
b) Wachs- und Perlbohnen	50	62	82 " " "
c) Buff- (Sau-)bohnen	25	33	44 " " "
5. Längliche Karotten			
a) mit Kraut (nicht länger als 15 cm)	18	24	32 " " "
b) ohne Kraut	28	36	47 " " "
6. Mairüben	7	11	16 " " "
7. Karotten, kleine, runde			
a) mit Kraut	26	33	44 " " "
b) ohne Kraut	38	45	60 " " "
8. Kohlrabi (mit jungem Laub)	25	30	41 " " "
9. Frühweißkohl	20	26	34 " " "
10. Frühwirsingkohl	20	26	34 " " "
11. Frührotkohl	25	32	43 " " "
12. Frühzwiebeln			
a) mit Kraut	20	25	33 " " "
b) ohne Kraut	30	37	48 " " "
13. Tomaten	100	130	160 " " "

Die hiermit festgesetzten Erzeugerpreise gelten gleichzeitig als Vertragspreise für die auf Grund von Lieferungsverträgen gelieferten Waren; sie treten an die Stelle der mit Ministerialverordnung Nr. 542 hll BVIIIa vom 12. April 1918 veröffentlichten Richtpreise und sind ebenso wie die festgesetzten Groß- und Kleinhandelspreise Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 (RGBl. S. 339) mit den dazu ergangenen Abänderungsverordnungen.

Vom 16. Juli 1918 ab treten die mit Ministerialverordnung vom 28. Juni 1918 — Nr. 1066 VG 2 — (Nr. 149 der Sächf. Staatszeitung) festgesetzten Höchstpreise für Frühgemüse außer Kraft.

Rhabarber darf nicht mit einem längeren Blattansatz als bis zu 3 cm in den Handel gebracht werden. Mairüben, Möhren und Karotten dürfen mit Kraut nicht in den Handel gebracht werden. Soweit Mairüben, Möhren und Karotten von der Erzeugerstelle auf kurze Entfernungen mit Fuhrwerk oder auf andere Weise, jedoch nicht mit der Bahn, an die Absatzstelle, insbesondere auf öffentliche Märkte, befördert werden, ist der Absatz mit Kraut bis auf weiteres zugelassen. Soweit unter I Preise für Karotten mit Kraut festgesetzt worden sind, haben sie nur für die zuletzt genannten Ausnahmefälle Geltung. Auf die diesbezügliche Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 20. Juni 1918 wird verwiesen.

Die obigen Preise gelten für das Gebiet des Königreichs Sachsen, und zwar auch für solche Ware, die von außerhalb Sachsens nach dem Gebiet des Königreichs Sachsen eingeführt wird.

Dresden, den 11. Juli 1918.

Ministerium des Innern.

1133 VG 2  
3188

## Polnische Magergänse.

Der Bezug polnischer Magergänse erfolgt auch in diesem Jahre durch die Gänseverteilungsstelle Rödberau. Diese wird jedoch nur an Fachhändler auf deren Bestellung hin liefern. Da die Gänseverteilungsstelle die polnischen Gänse nicht billiger als 3,25 M. für das Pfund an den Händler abgeben kann, hat das Königliche Ministerium des Innern für derartige Gänse beim Verkaufe durch den Händler an den Landwirt oder Mäster einen von den reichsgesetzlich festgesetzten Höchstpreisen abweichenden Verkaufspreis von 3,50 M. je Pfund Lebendgewicht genehmigt. Die Händler haben auf Erfordern ihre Berechtigung hierzu durch Vorlegung der ihnen von der Gänseverteilungsstelle ausgestellten Bescheinigung nachzuweisen.

Eine Verpflichtung zur Rücklieferung wie im Vorjahre wird nicht auferlegt.

Pirna, am 6. Juli 1918.

Königliche Amtshauptmannschaft.

## Ausfuhrverbot für Brotgetreide und Mehl.

Im Anschluß an die Bekanntmachung des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung vom 3. dieses Monats wird folgendes bestimmt: Die Ausfuhr von Brotgetreide, Roggen- und Weizenmehl und den zur Brotstreckung bestimmten Mehlen aus dem Bezirk der Königl. Amtshauptmannschaft Pirna, einschl. der Städte mit revidierter Städteordnung, nach den Bezirken der Stadt Dresden und der Königl. Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-R. wird untersagt. Die Mühlen und Händler des hiesigen Bezirks dürfen nur noch Mehlbezugscheine beliefern, die von der Königl. Amtshauptmannschaft Pirna (Mehlbezirk) ausgestellt sind. Zuwiderhandlungen werden auf Grund von § 79 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 vom 21. Juni 1917 bestraft.

Pirna, am 10. Juli 1918.

Für den Bezirksverband: Die Königl. Amtshauptmannschaft.

K. M. I.

## Belieferung der Nahrungsmittelkarten.

Für den vom 7. Juli bis 8. August 1918 laufenden Versorgungsabschnitt werden die Bezirksnahrungsmittelkarten A, B, C und D wie folgt beliefert:

Abchnitt I 1/2 Pfd., Abchnitt II 1 Pfd., Abchnitt III 1 Pfd.

Die Belieferung des Abschnitts I darf nicht vor dem 15. Juli, die des Abschnitts II nicht vor dem 26. Juli, die des Abschnitts III nicht vor dem 7. August erfolgen.

Pirna, den 10. Juli 1918.

Der Bezirksverband.

427 Kart.

## Versorgung mit Speisekartoffeln.

I. Für die Zeit vom 23. Juli bis mit 19. Oktober d. J. werden neue Bezirkskartoffelkarten in grauer und roter Farbe durch die Gemeindebehörden des Bezirks ausgegeben werden, auf deren Aushändigung die nachstehend aufgeführten Gruppen von bezugsberechtigten Personen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Anspruch haben:

vom 23. Juli ab:

a) alle Kartoffelerzeuger mit Einschluß ihrer von ihnen zu befristenden Wirtschaftsangehörigen, denen auf Grund Anordnung der Reichskartoffelstelle Kartoffeln alter Ernte nur bis zum 22. Juli belassen worden sind,

b) alle Selbstbedecker, die sich auf Abschnitt C der Landeskartoffelkarte unmittelbar vom Erzeuger mit 1 Ztr. Kartoffeln eingedeckt hatten;

vom 3. August ab:

c) alle übrigen Verbraucher, die bereits bisher auf Bezirkskartoffelkarte für die Zeit bis zum 3. August d. J. in die Versorgung der Gemeinde aufgenommen sind und deren Karten bis zu diesem Zeitpunkt Gültigkeit behalten.

Vor der Aushändigung der neuen Bezirkskartoffelkarte an die unter c) aufgeführten Verbraucher sind die beiden ersten Wochenabschnitte durch die Gemeindebehörde oder die von ihr beauftragte Stelle abzutrennen.

II. Rote Bezirkskartoffelkarten haben alle Kinder, die das 4. Lebensjahr am 23. Juli d. J. noch nicht vollendet haben, zu erhalten.

Alle übrigen Bezugsberechtigten haben Anspruch auf Aushändigung der grauen Bezirkskartoffelkarte.

III. Die einzelnen Wochenabschnitte der roten Bezirkskartoffelkarten berechtigen zum Bezuge bis zu 5 Pfd. Kartoffeln, die der grauen zum Bezuge bis zu 7 Pfd. Kartoffeln. Bei genügendem Eingange von Frühkartoffeln wird es den Gemeinden nachgelassen, die Belieferung mehrerer Abschnitte der Bezirkskartoffelkarte gleichzeitig vorzunehmen.

IV. Soweit die Heranschaffung von Frühkartoffeln nicht rechtzeitig möglich ist, wird der Bezirksverband aus seinen noch verfügbaren Restbeständen Kartoffelsuppenmehl ausgeben. Die Festsetzung der Menge Suppenmehl, mit der der einzelne Abschnitt der Bezirkskartoffelkarte beliefert werden soll, erfolgt durch die Gemeindebehörde nach Maßgabe der ihr zur Verfügung stehenden Gesamtmenge. Im Höchstfall darf jedoch der einzelne Wochenabschnitt der grauen Bezirkskartoffelkarte mit 500 g, der roten Bezirkskartoffelkarte mit 400 g Suppenmehl beliefert werden.

V. Kartoffelerzeuger, die vom 23. Juli ab auf neue Bezirkskartoffelkarten in die Versorgung der Gemeinde aufgenommen werden, sind verpflichtet, die ihnen ausgehändigten Bezirkskartoffelkarten an ihre Gemeindebehörde zurückzugeben, sobald sie sich selbst und ihre Wirtschaftsangehörigen mit Kartoffeln eigener neuer Ernte zu befristen in der Lage sind. Darüber, welche Mengen Kartoffeln der Erzeuger aus der neuen Ernte zur Beköstigung für sich und seine Wirtschaftsangehörigen zurückbehalten darf, und welche Mengen er an den Bezirksverband abzugeben verpflichtet ist, wird noch besondere Bekanntmachung ergehen.

VI. Wer vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandelt, wird nach §§ 2/17 der Verordnung des stellv. Herrn Reichskanzlers vom 28. Juni 1917 über die Versorgung im Wirtschaftsjahr 1917/18 (RGBl. S. 569 f.) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Pirna, den 9. Juli 1918.

Für den Bezirksverband Pirna: Königl. Amtshauptmannschaft.